

ANALYSEN UND BERICHTE

Konflikte im internationalen System und nachholende Entwicklung in Ostasien*

von *Ulrich Menzel*

I.

Die deutsche, mit den internationalen Beziehungen befaßte Forschung hat bislang den ostasiatischen Schauplatz nur in geringem Maße zu einem Gegenstand der Analyse des internationalen Systems gemacht, obwohl gerade hier, wie sonst vermutlich nirgendwo auf der Welt, in den letzten 80 Jahren nahezu sämtliche globalen internationalen Konflikte anzutreffen sind.

Die Jahre 1895 bis 1900 brachten mit dem Wettlauf um die Aufteilung Chinas und der dadurch ausgelösten Yihotuan-Bewegung (Boxer-Aufstand) einen Höhepunkt innerimperialistischer Konkurrenz und legten den Grundstein zu einem Konflikt, der erst im Sommer 1945 mit der japanischen Niederlage im Pazifikkrieg fürs erste beendet schien. Er resultierte aus dem Aufeinandertreffen der letztlich unvereinbaren Konzeptionen formeller und informeller Herrschaft, wie sie in der von den europäischen Großmächten verfolgten Politik der Schaffung von Einflußsphären im Gegensatz zu der von den USA anläßlich der Aufteilung Chinas 1899 formulierten Politik der »offenen Tür« zum Ausdruck kamen. Er resultierte aber auch aus der unterschiedlichen Interessenlage von Vorreitern und Nachzüglern, Resultat der phasenverschobenen Herausbildung von Industriegesellschaften, und akzentuierte sich in dieser Region vor allem am Verhältnis der USA und Japans.

Dieses Konfliktfeld ging 1945 nahtlos in den Ost-West-Konflikt über, der in dieser Region im Unterschied zu Europa eher die Form des Heißen als des Kalten Kriegs annahm. Die entsprechenden Stichworte lauten: Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Japan und amerikanische Atombombenabwürfe, Chinesische Revolution, Korea-Krieg, Vietnam-Krieg.

Gleichzeitig markierte der ostasiatische Schauplatz im Jahre 1945 aber auch den Beginn des sogenannten Nord-Süd-Konflikts, da hier erstmals in der Folge des Pazifikkriegs

* Überarbeitete Fassung der Antrittsvorlesung als Privatdozent am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J. W. Goethe-Universität Frankfurt am Main am 20. 12. 1982

Länder die nationale Unabhängigkeit anstrebten, die überwiegend nicht von Weißen bewohnt wurden. Mit Ausnahme der Sklavenrevolution in Santo Domingo (1791) hatten bislang nur von Weißen besiedelte oder politisch beherrschte Kolonien, nämlich die angelsächsischen und lateinischen Siedlergesellschaften, die Unabhängigkeit erlangt. Ferner sollte nicht unerwähnt bleiben, daß das große Schisma des Weltkommunismus hier seinen Ausgang nahm. Der ideologische und politische Konflikt zwischen den sowjetischen und chinesischen Kommunisten, der seit Anfang der 1960er Jahre offen ausgetragen wurde, reichte bis in die 1930er Jahre zurück und wurde während der 1950er Jahre nur durch eine Zusammenarbeit übertüncht, die im wesentlichen das aufgezwungene Resultat des Ost-West-Konflikts war.

Schließlich ist in dieser Region in jüngster Zeit mit dem Phänomen der sogenannten Schwellenländer (Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea) und dem von ihnen ausgehenden Verdrängungswettbewerb ein neues internationales Konfliktfeld entstanden. Dieser Verdrängungswettbewerb eröffnet die ganz neue Dimension eines sich anbahnenden Süd-Nord-Konflikts. Der aus der raschen Industrialisierung der Schwellenländer resultierende Differenzierungsprozeß* innerhalb der »Dritten Welt« ist außerdem eine wesentliche Ursache der eher zu- als abnehmenden Interessengegensätze innerhalb der »Dritten Welt«.

II.

1. Die Erkenntnis, wie sehr diese Konflikte ineinander verwoben sind und welchen Einfluß sie auf das Phänomen nachholender Entwicklung haben, ergab sich aus der Erforschung der Ursachen, warum die Schwellenländer gerade auf die asiatische Region konzentriert sind. Bei näherem Hinsehen gelangt man nämlich zu der zunächst verblüffenden Feststellung, daß die genannten Schwellenländer Taiwan und Südkorea – aber auch Nordkorea und die drei nordöstlichen Provinzen der VR China, das ehemalige Mandschuko, würden den Kriterien von Schwellenländern genügen – identisch sind mit dem Kernbereich des ehemaligen japanischen Imperiums, also der Region, die die längste und intensivste Phase politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung erfahren hat. Für die Stadtstaaten Hongkong und Singapur lassen sich Sonderbedingungen wie z. B. die fehlende Agrarfrage oder ihre Rolle als internationale Finanz- und Dienstleistungszentren konzidieren.

Den Schwellenstatus haben die genannten Länder und Regionen erreicht, obwohl sie völlig gegensätzliche Gesellschaftssysteme und Entwicklungsstrategien aufzuweisen haben. Es handelt sich sowohl um kapitalistische wie sozialistische Gesellschaften, um Länder mit weitgehender Abgeschlossenheit nach außen wie um solche mit weitrei-

* Vgl. dazu Ulrich Menzel, Der Differenzierungsprozeß in der Dritten Welt und seine Konsequenzen für den Nord-Süd-Konflikt und die Entwicklungstheorie, in: Politische Vierteljahresschrift 24. 1983, 1. S. 31–59.

chender Integration in den Weltmarkt. Diese Feststellung trifft aber keineswegs, um den Kontrast noch deutlicher zu machen, auf die anderen Länder der Region zu, heute weitgehend identisch mit der ASEAN-Gruppe, die eine lange europäische Kolonialgeschichte und nur kurze japanische Eroberung (sukzessive seit 1937) erlebt haben. Obwohl auch hier die Gesellschaftssysteme sehr unterschiedlich sind (Vietnam versus Philippinen) und sowohl weltmarktoffene (Indonesien) wie weltmarktabgeschlossene (Burma) Strategien verfolgt werden, sind die Resultate aus entwicklungstheoretischer Perspektive gegenüber der ersten Gruppe sehr verschieden. Mit dieser Feststellung werden zweifellos Grundannahmen, um nicht zu sagen Dogmen, über die Ursachen von Entwicklung und Unterentwicklung in Frage gestellt, soweit sie sich auf die klassischen Imperialismustheorien, die davon abgeleitete Dependenztheorie oder den Weltsystemansatz beziehen und Kategorien wie Kolonialismus und Abhängigkeit zum Ausgangspunkt nehmen.

Nicht minder verblüffend ist aber auch die Tatsache, daß sich in dieser Region Industriegesellschaften herausgebildet haben (Japan) bzw. herausbilden, bei denen nicht, wie von der Modernisierungstheorie behauptet, gleichzeitig ein Prozeß sozialen, politischen und kulturellen Wandels nach abendländischem Muster stattfindet. Soweit, wie in Japan, parlamentarische Systeme vorhanden sind, sind sie nur das aufgezwungene, aber nicht wirklich innerlich akzeptierte Produkt einer militärischen Niederlage bzw. amerikanischen Besatzungspolitik. Es ist offensichtlich so, daß die technisch-industriellen Aspekte einer »modernen Gesellschaft« sich auch mit einer konfuzianisch geprägten Gesellschafts- und Wertordnung vereinbaren lassen, die nicht durch protestantische Ethik, bürgerliche Aufklärung und Herausbildung bewußtgewordener und entsprechend organisierter Klassengegensätze gekennzeichnet ist. Politisch motivierte Kritik an den Schwellenländern ist demnach zwar berechtigt, greift aber insoweit zu kurz, als das Beispiel Japans zeigt, daß die Herausbildung von Industriegesellschaften auch unter anderen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen als in Westeuropa und Nordamerika möglich ist.

2. Das skizzierte Problem hat seit einigen Jahren in der Literatur zu einer heftigen Kontroverse geführt, ob es sich bei diesen Schwellenländern tatsächlich um vollgültige Fälle nachholender Entwicklung handelt oder lediglich um Produkte eines Neoimperialismus, der hier seine lohnintensiven und umweltschädigenden Branchen ausgelagert hat. Bemerkenswert bei dieser Diskussion ist, daß sowohl neoklassische wie marxistische Autoren die erstgenannte Position vertreten. Die einen sehen die Erklärung in der konsequenten Befolgung ricardianischer Prinzipien, der Implementierung einer liberalen Außenwirtschaftspolitik und der segensreichen Wirkung von Kapital- und Technologieimporten, die anderen weisen darauf hin, daß der Kapitalismus seine Kraft noch lange nicht erschöpft habe. Hier seien vielmehr die ersten Ansätze einer Durchkapitalisierung der Dritten Welt zu beobachten, bei der der Imperialismus im Gegensatz zu der berühmten Lenin-These eine durchaus positive Wirkung gezeigt habe, da er doch, wie

bereits Marx im Hinblick auf die britische Herrschaft in Indien erhoffte, die Grundlage der asiatischen Despotie zerstöre.

An beide Argumentationen ist aber die Frage zu richten, warum die Modernisierungs- und Industrialisierungserfolge sich gerade in der ostasiatischen Region einstellen, anderswo aber nicht oder bestenfalls zu sehr inhomogenen Schwellen-Gesellschaften wie in Brasilien oder Mexiko geführt haben, obwohl weltmarktorientierte Strategien doch in vielen Ländern verfolgt werden und der Imperialismus ein weltweites Phänomen war. Autoren, die sich intensiver mit der Region befaßt haben, betonen deshalb eine Reihe endogener Faktoren: Die konfuzianische Wertordnung und bürokratische Tradition fördern eine effektive staatliche Administration und deren Akzeptanz durch die Bevölkerung. Sie verleihen der Bevölkerung außerdem eine hohe Bildungsorientierung, Aufstiegsmotivation und Leistungsbereitschaft. Die nach 1945 durchgeführten, und für Dritte-Welt-Verhältnisse außerhalb der sozialistischen Länder, radikalen Agrarreformen haben zu einer hohen gesellschaftlichen Homogenisierung geführt und wichtige Anstöße zu einer der Industrialisierung vorangehenden oder sie begleitenden Agrarmodernisierung gegeben. Diese Gesellschaften würden sich deshalb durch das besondere Phänomen auszeichnen, daß hier Wirtschaftswachstum mit Verteilungsgerechtigkeit einherginge, die anderweitig zu beobachtenden sozialen Probleme der Industrialisierung also stark abgemildert wären. Der bereits Ende der 50er Jahre erreichte hohe Alphabetisierungsgrad war schließlich eine wesentliche Voraussetzung zur Bildung eines Humankapitals, das den raschen Übergang von bloß lohnintensiven auf technologisch anspruchsvolle Tätigkeiten zuließ. Aber selbst wenn man diese Argumente akzeptiert, ist immer noch zu fragen, warum es gerade *dort* zu weitreichenden Agrarreformen und zum frühzeitigen Aufbau eines breitenwirksamen Bildungswesens kam. Die Gegenthese, die im folgenden begründet werden soll, lautet, daß diese und eine Reihe anderer Faktoren in starkem Maße durch das internationale System beeinflußt wurden. Es führte in dieser Region zu entwicklungsfördernden Sonderbedingungen, die anderswo nicht oder nur kaum anzutreffen sind.

3. Eine erste Sonderbedingung ist zweifellos die Form der japanischen Kolonialherrschaft. Japan, zunächst selber Opfer des Imperialismus, das nach 1854 die Öffnung der Häfen und ungleiche Verträge hinnehmen mußte, reagierte auf diese Demütigung ganz anders als das benachbarte China. Dank einer innenpolitischen Kraftanstrengung im Zuge der Meiji-Restauration vermochte es eine Modernisierung von oben einzuleiten und trat alsbald selber expansiv gegenüber den asiatischen Nachbarvölkern auf. Wenn auch seine randständige Lage und das viel geringere wirtschaftliche Interesse des Auslands im Vergleich zu China einen Teil dieses Erfolgs erklären, so ist doch zu fragen, warum in China die Reformversuche immer nur halbherzig betrieben wurden und letztlich auch aus innenpolitischen Gründen scheiterten. Die Antwort liegt vermutlich in den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen begründet. In China dominierte eine literarisch gebildete Bürokratie, die in ihrem kulturellen Überlegenheitsdünkel die Barbaren zu ignorieren suchte bzw. sie, ähnlich wie frühere Fremdherrschaften, langfristig zu

integrieren hoffte, während in Japan, durchaus dem europäischen Feudalismus verwandt, eine militärische Führungsschicht die Macht behielt, die das imperialistische Eindringen primär als militärische Herausforderung empfand und folgerichtig alles daran setzte, dieser Herausforderung auch militärisch zu begegnen. Die Meiji-Restauration war demnach eine zutiefst konservative Bewegung, die unter Adaptierung alles dessen, was an technischen, wirtschaftlichen und administrativen Aspekten im Westen überlegen und nützlich schien, die Nation stärken und gleichzeitig die traditionelle Gesellschaft und ihr Wertesystem erhalten wollte. Nicht zufällig kam deshalb dem Staat bzw. dem Militär bis 1945 die entscheidende Rolle bei der Modernisierung zu. Der wirtschaftliche Dualismus, Kleinbetriebe auf der einen und die alsbald an große Familien-Holdings (Zaibatsu) veräußerten staatlichen Betriebsgründungen auf der anderen Seite, ließ keinen Raum für den mittelständischen Familienbetrieb, in Europa eine wesentliche Basis der Herausbildung eines auch politisch ambitionierten Bürgertums. Die in den 1870er Jahren zunächst vertagte und seit 1894 begonnene Expansion hatte immer zwei Motive. Erstens die sozialimperialistisch begründbare Verlagerung der im Inneren im Zuge der Restauration ungelösten sozialen Konflikte nach außen, und zweitens, aus dem besonderen Rohstoffmangel Japans begründbar, die Sicherung der Ressourcenbasis, die für das angestrebte militärische Gleichziehen mit den Großmächten unverzichtbar schien. Genuin wirtschaftliche, zumal privatwirtschaftliche Motive sind deshalb erst in der Spätphase des japanischen Imperialismus, eines »Imperialismus ohne Kapital«, zu beobachten. Im Falle Japans folgte der Handel immer der Flagge und nicht umgekehrt. Durchgängig umstritten war nur, ob sich die anfänglich vom Choshu-Clan dominierte Armee durchsetzte, die die kontinentale Expansion befürwortete und in Rußland bzw. der Sowjetunion den Hauptgegner sah oder die anfänglich vom Satsuma-Clan dominierte Marine, die die Südexpansion (zur Sicherung der Ölvorkommen) präferierte und die USA als den Hauptgegner betrachtete.

4. Mit dem Auftreten Japans als Großmacht trafen damit in Ostasien drei imperiale Konzeptionen besonders hart aufeinander:

a) Die von den europäischen Mächten verfolgte Politik der Interessensphären, Einflußzonen, Pachtgebiete und Konzessionen, die sich, wenn möglich, auf lokale Machthaber stützte (eine eher informelle Empire-Bildung) und in der Regel auf Kosten der betroffenen Völker mit diplomatischen Mitteln konsensfähig war. Dieser grundsätzlich mögliche Konsens äußerte sich in China zwischen 1898 und 1900 in mehreren gegenseitigen Abkommen.

b) Die amerikanische Ansicht, der Weltmarkt sei unteilbar und müsse für jedermann offen stehen, was zu den Open-Door-Noten von 1899 und 1900 führte. Dahinter stand aktuell das befürchtete Zuspätkommen auf dem auch damals schon sagenumwobenen Chinamarkt und grundsätzlich die sich abzeichnende wirtschaftliche Überlegenheit gegenüber Europa, die in informeller Durchdringung, wie England in der Freihandelsära des 19. Jhs., die effizienteste Weltmarktstrategie sah.

c) Die japanische Konzeption der autarken Großraumwirtschaft, die die exklusive Verfügungsgewalt über die unterworfenen Gebiete reklamierte und neben der direkten politischen Kontrolle auch die kulturelle Assimilierung anstrebte.

5. Dabei hatte Japan als late-comer einen Zweifrontenkrieg gegen die zu unterwerfenden Gebiete und gegen die etablierten Großmächte zu führen, die den Emporkömmling nicht dulden wollten bzw. selber um die von Japan beanspruchten Gebiete rivalisierten. Demzufolge sah Japan nur die Möglichkeit, sich aus dem bereits verteilten Kuchen auf gewaltsame Weise ein Stück herauszuschneiden. In drei Angriffskriegen, 1894/95 gegen China (hinsichtlich Taiwans und Koreas), 1904/05 gegen Rußland (hinsichtlich Koreas und der Mandschurei) und 1914 gegen Deutschland (hinsichtlich Shandongs) suchte es militärisch und politisch seine Position in der Region zu festigen, sah sich jedoch jedesmal genötigt, einen Teil der Kriegsbeute wieder herauszugeben. So mußte es 1895 auf gemeinsamen Druck der einmaligen Tripple-Allianz aus Rußland, Deutschland und Frankreich die südliche Mandschurei wieder räumen, 1905 im Frieden von Portsmouth die US-Vermittlung akzeptieren und 1921 auf der Washingtoner Konferenz, dem »japanischen Versailles«, die Räumung Shandongs hinnehmen, die Open-Door-Forderung der USA erstmals vertraglich zusichern und vor allem in ein Flottenabkommen einwilligen, das seine Flottenstärke im Pazifik im Vergleich zur amerikanischen und englischen auf das Verhältnis von 3 : 5 : 5 begrenzte. Auch wenn die Washingtoner Konferenz in Japan als Schmach empfunden wurde und die Saat zu weiterer Expansion legte, so brachte sie doch immerhin die Bestätigung der kolonialen Erwerbungen Taiwans, Koreas und der Liaodung-Halbinsel nebst diversen anderen Rechten in der Mandschurei.

6. Nachdem diese Erwerbungen politisch konsolidiert waren, begann eine, für andere Kolonialgebiete in diesem Ausmaß völlig unbekannt, systematische Inwertsetzung durch staatliche Entwicklungsgesellschaften. Landvermessung, Katastereintragungen und Beseitigung des Doppelpachtsystems waren die Voraussetzung kommerzieller Agrarverhältnisse, Bau von Bewässerungsanlagen, Neulanderschließung und Kunstdüngerfabriken die Voraussetzung zur Steigerung der Reisproduktion, deren Zuwachs exportiert werden sollte, um die defizitäre Versorgungslage des Mutterlandes auszugleichen. Anlaß dazu gaben die Reisaufstände der Jahre 1918/19, die in Japan ein grelles Schlaglicht auf die desolote soziale Lage auf dem Land warfen. Bodenprospektionen zur Auffindung von Mineralien, das Anlegen von Bergwerken, Kraftwerken, Eisenbahnen und Häfen waren die Grundlage einer kolonialen Industrie, die das Mutterland mit schwerindustriellen und chemischen Produkten zu versorgen hatte. Die Aktivitäten der Japaner führten insofern also zu keinem typischen Kolonialsystem, wie es bereits weiter südlich in Vietnam, Indonesien oder Malaya anzutreffen war, da es sich nicht um die bloße auf Plantagen oder Bergwerke beschränkte Erzeugung von veredelten Kolonialwaren oder Rohstoffen handelte, sondern Grundnahrungsmittel wie Reis angebaut wurden, die Industrie zumindest teilweise integrierte Produktionskreisläufe aufwies und

die infrastrukturelle Erschließung durchaus flächendeckend war. Diese, zunächst in rein japanischem Interesse eingeleitete Modernisierung sollte sich nach 1945/49 in beiden Korea, Taiwan, aber auch in der Mandschurei, später einem schwerindustriellen Wachstumspol der VR China, als nicht unwesentlicher Aktivposten herausstellen.

Gleichzeitig zielte der Aufbau eines Verwaltungs-, Polizei- und Schulwesens, deren Ränge nahezu ausschließlich von Japanern besetzt wurden, auf die politische Integration und kulturelle Assimilation von Koreanern und Chinesen. Japanisch als Amtssprache, japanische Namensgebung und die Forderung, die japanische Sprache selbst im Familienkreis zu verwenden, waren die teilweise an Hysterie grenzenden Versuche einer Japanisierungs- und Apartheitspolitik, die dazu führten, daß schließlich der Widerstand der einheimischen Bevölkerung weniger wirtschaftlich als vielmehr kulturell und politisch motiviert war.

7. Die 30er Jahre brachten eine Verschärfung der internationalen Lage, die sich in wachsender außenpolitischer Isolation Japans äußerte und fast zwangsläufig auf einen Konflikt mit dem verbleibenden Hauptkontrahenten USA hinauslief, nachdem Rußland durch die Oktoberrevolution und Deutschland durch den verlorenen Weltkrieg vorläufig von der Bühne abgetreten waren sowie der relative Abstieg Englands und Frankreichs sich bereits andeutete. Die Weltwirtschaftskrise hatte in Japan gerade auf dem Land zu sich verschärfenden sozialen Spannungen geführt, die von der Armee aufgegriffen und in einen verstärkten Nationalismus und militärischen Expansionismus kanalisiert wurden, der sich nicht zuletzt auch gegen die zivilen Instanzen im Staat richtete. Anlässlich eines mysteriösen Zwischenfalls in der Nähe der mandschurischen Stadt Mukden im Jahre 1931 erfolgte die Besetzung der nordöstlichen chinesischen Provinzen, die aus dem chinesischen Staatsverband ausgegliedert und in den unter japanischer Kontrolle stehenden Marionettenstaat Mandschukuo verwandelt wurden. Die im Grunde nur halbherzigen Proteste des Völkerbundes wurden 1933 mit dem japanischen Austritt und 1934 mit der Kündigung des Flottenabkommens beantwortet. Die Mandschurei wurde zu einem wirtschaftlichen Experimentierfeld der Armee, deren rasch aufgebaute Schwerindustrie in den Dienst der japanischen Aufrüstung gestellt wurde, während den Zaibatzus nur die Rolle des Juniorpartners eingeräumt wurde. Der »Zwischenfall an der Marco-Polo-Brücke« bei Peking im Jahre 1937 eröffnete den Krieg gegen China, der rasch zur Besetzung der nordchinesischen Ebene, der Küstenstädte und des unteren Yangtze-Tals führte. Mit der Kontrolle der wirtschaftlich interessanten Gebiete Chinas war Japan der angestrebten Großraumwirtschaft, die sich 1938 in der Gründung des Yen-Blocks manifestierte, für den staatliche Fünfjahrespläne aufgestellt wurden, einen großen Schritt vorangekommen. Bis auf Öl, Kautschuk und einige NE-Metalle war Japan ressourcenmäßig jetzt weitgehend autark, wenn auch erhebliche amerikanische Maschinenimporte nach wie vor notwendig waren.

8. Die USA, deren Zugang in Ostasien damit immer beschränkter wurde, reagierte neben der militärischen und finanziellen Unterstützung der Guomindang (GMD), deren

Herrschaftsbereich auf den Südwesten Chinas beschränkt worden war, im Sommer 1939 mit der Ankündigung, den im Januar 1940 auslaufenden Handelsvertrag mit Japan nicht zu erneuern. Der japanische Vormarsch in der ersten Hälfte des Jahres 1941 in Indochina, das von der französischen Vichy-Regierung nominell verwaltet wurde und die den japanischen Forderungen weitgehend entgegengekommen war, machte die weitere Stoßrichtung nach Süden zu den malaiischen und indonesischen Rohstoffvorkommen deutlich. Daraufhin verhängten die USA einen totalen Handelsboykott, dem sich auch England und die Niederlande (indonesisches Öl) anschlossen. Die japanische Führung stand jetzt, nachdem ein Angebot: Rückzug aus Indochina gegen indonesisches Öl abgelehnt worden war, vor der grundsätzlichen Alternative, zurückzuweichen, was aus innenpolitischen Gründen kaum möglich schien, oder den Krieg auszuweiten, um sich durch militärischen Zugriff die rüstungswirtschaftlich notwendigen Rohstoffe Südostasiens zu sichern. Nachdem die Marine sich auf einer kaiserlichen Konferenz Anfang Juli 1941 gegen die Armee durchgesetzt hatte, nach Süden vorzustoßen und nicht die Sowjetunion anzugreifen, wurde Anfang September 1941 die Entscheidung getroffen, zur Flankensicherung die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbour anzugreifen, der formale Beschluß folgte erst am 29. November, obwohl angesichts der sehr ungleichen materiellen Ausgangslage dieses Unterfangen letztlich aussichtslos sein mußte. Samurai-Mentalität siegte über wirtschaftliche Vernunft, wie Untersuchungen über die zu Pearl Harbour führenden Entscheidungsprozesse deutlich herausgearbeitet haben.

9. Für die hier behandelte Fragestellung weniger interessant ist der Verlauf des Pazifik-Krieges als dessen politische Konsequenzen. Der Vormarsch der Japaner auf den Philippinen, in Indonesien, Neuguinea, Malaya und Burma, selbst ein Angriff auf Indien wurde vorbereitet, stellte nämlich generell die weiße Kolonialherrschaft in Asien in Frage. Insbesondere die Eroberung Singapurs am 15. 2. 1942, bei der die englische Fernostflotte versenkt und 90 000 Mann britische Kolonialtruppen gefangengenommen wurden, war von herausragender symbolischer Bedeutung, da sie das Ende der britischen Kolonialmacht in Ostasien einleitete. Welche Legitimation hatten die weißen Kolonialherren nach einer künftigen japanischen Niederlage noch, ihre Kolonien wieder in Besitz zu nehmen? Zumal die Japaner nicht ungeschickt mit der antiimperialistischen Ideologie operierten, Asien vom weißen Mann befreien zu wollen. Köder waren die seit 1940 propagierte »Gemeinsame großostasiatische Wohlstandssphäre« und seit 1943 die Gewährung der »Unabhängigkeit« für einzelne Länder. Den Höhepunkt des japanischen Einflusses markierte die im November 1943 nach Tokio einberufene Großostasiatische Konferenz, die als Gegenstück zur Atlantikcharta gedacht war und zu der alle unter japanischer Kontrolle stehenden Regierungen eingeladen wurden. Bezeichnenderweise kamen die Japaner aber nicht umhin, als Konferenzsprache das Englische einzuräumen. Neben dem politischen wurde den Kolonien auch ein wirtschaftlicher Stoß versetzt, da die Unterbrechung des Handels mit den Mutterländern zu einem raschen Verfall des Plantagensystems führte.

10. Die Kolonialfrage, das heißt das künftige Schicksal der europäischen Kolonien in Asien, war folglich ein zentraler Konfliktpunkt zwischen den Alliierten im Verlauf des Krieges. Während die USA gemäß ihrem Open-Door-Prinzip einen klaren antikolonialistischen Kurs verfolgten, setzten insbesondere die Engländer alles daran, ihren Kolonialbesitz zu behaupten. Ein deutlicher Hinweis war, daß sie ihre militärischen Aktivitäten auf das indisch-burmesische Grenzgebiet beschränkten, um einen Angriff auf Indien abzuwehren bzw. Burma zurückzuerobern. Während dieses Problem bei der Formulierung der Atlantikcharta noch ausgeklammert werden konnte, da die USA sich noch nicht im Krieg mit Japan befanden, stand es im November 1943 in Kairo, wo die Kriegsziele gegenüber Japan festgelegt wurden, auf der Tagesordnung. Man einigte sich zwar darauf, daß China alle an Japan abgetretenen Gebiete zurückerhalten sollte. An der Behandlung Koreas offenbarte sich aber die ganze Problematik. Falls man Korea, also einem dritten, nicht zu den kriegführenden Parteien gehörenden Land, nach der japanischen Niederlage die Unabhängigkeit zugestehen würde, warum dann nicht auch den von Japan besetzten französischen, niederländischen und englischen Kolonien? Die vorläufig alles in der Schwebe lassende Formulierung lautete deshalb, daß Korea erst zu »gegebener Zeit« frei und unabhängig werden sollte. Dennoch war es für die japanischen Kolonien von Vorteil, daß ihr Mutterland auf der Verliererseite stand und so ihr Entkolonialisierungsprozeß wesentlich beschleunigt wurde.

11. Obwohl der Kriegsverlauf bald erwies, daß die materielle und technische Überlegenheit der USA kriegsentscheidend sein würde, da die Japaner immer weniger in der Lage waren, ihre Roh- und Brennstoffversorgung zu sichern, ergab sich eine politisch prekäre Situation für die USA. Der harte japanische Widerstand auf den Pazifikinseln hatte zu erheblichen amerikanischen Verlusten an Menschenleben geführt. Die amerikanische Strategie zielte deshalb darauf ab, den Krieg möglichst materialintensiv, aber möglichst wenig menschenintensiv zu führen. Im übrigen schreckte die Vorstellung, welche Opfer eine Invasion der japanischen Hauptinseln fordern würde, zumal wenn die noch weitgehend intakte japanische Festlandsarmee aus China in die Heimat zurückverlegt würde. Es bestand deshalb ein starkes amerikanisches Interesse nach Eröffnung einer zweiten Front in der Mandschurei, um die Festlandsarmee zu binden. In der Tat lag seit Oktober 1943, keineswegs uneigennützig, eine entsprechende sowjetische Zusage vor, sobald der Krieg in Europa beendet sei.

Im Februar 1945, als das Ende des Pazifikkrieges noch lange nicht in Sicht war, eine Invasion Japans war erst für Anfang November geplant, kam es deshalb in Jalta zu einem geheimen Zusatzabkommen, in dem die Sowjetunion ihren Kriegseintritt zwei bis drei Monate nach Kriegsende in Europa zusagte. Der Preis war die amerikanische Zusicherung der ehemaligen russischen Rechte in der Mandschurei (Port Arthur, Kontrolle der Eisenbahnlinie) die die Zaren 1905 an Japan abgetreten hatten. Dazu bedurfte es aber eines entsprechenden Vertrags mit China, der wegen seiner kolonialen Reminiszenzen durch amerikanischen Druck zustande kommen sollte. Das amerikani-

sche Dilemma bestand also darin, daß der sowjetische Kriegseintritt militärisch erwünscht, politisch aber unerwünscht war, da er auch in Fernost zu einem erheblichen Machtzuwachs der Sowjetunion und zu einem möglichen Mitspracherecht bezüglich Japans führen würde. Unter diesem Gesichtspunkt ist es nicht verwunderlich, daß man sich bereits seit Ende 1943 innerhalb der amerikanischen Regierung Gedanken machte, was mit Japan *nach* dem Krieg zu geschehen sei. Wer sollte das hinterlassene Vakuum auffüllen? Vorläufig rechnete man noch damit, daß China diese Rolle spielen und ein Gegengewicht zur Sowjetunion bilden könnte, es wurde aber bereits ernsthaft die Form der möglichen Wiederannäherung an Japan nach dem Kriege und die sich daraus ergebenden Konsequenzen diskutiert.

12. Fast wie ein *Deus ex machina* erschien deshalb der sich abzeichnende erfolgreiche Abschluß des Manhattan-Projekts (Atombombe), an dem im Frühjahr 1945 mit Hochdruck gearbeitet wurde. Dieser Faktor ist bislang hauptsächlich im Hinblick auf die amerikanische Politik gegenüber Osteuropa und die Verzögerung der Potsdamer Konferenz diskutiert worden. Vor dem politischen Hintergrund des ostasiatischen Kriegsschauplatzes bekam die Bombe aber auch eine Dimension, die weit über die tatsächliche oder vermeintliche militärische Notwendigkeit ihres Einsatzes hinausging. Die USA besaßen nämlich jetzt ein Mittel, den Krieg rasch und aus der Luft, also ohne Risiko für amerikanische Soldaten, zu beenden und bedurften dabei *nicht* mehr der Unterstützung durch die Sowjetunion. Solange aber der Test der neuen Waffe nicht stattgefunden hatte und nicht sichergestellt war, daß auch ihr Einsatz planmäßig verlaufen würde, wollte man allerdings auf das auf Japan gemünzte psychologische Druckmittel einer sowjetischen Kriegserklärung, die vielleicht zur Kapitulation ausreichen würde, nicht verzichten.

Von nun an ist der Zeitplan sehr wichtig. Am 16. Juni, dem Tag vor Eröffnung der Potsdamer Konferenz, wurde die erste erfolgreiche Textexplosion in Alamogordo (Neu Mexiko) durchgeführt, die in ihrer Wirkung die amerikanischen Erwartungen offenbar weit übertraf. Die sowjetische Delegation in Potsdam wurde nicht eindeutig davon in Kenntnis gesetzt. Da bis zur Einsatzbereitschaft der neuen schrecklichen Waffe noch einige Wochen vergehen mußten, wurde der chinesische Außenminister Soong von den USA angewiesen, die Verhandlungen mit der Sowjetunion über den Abschluß des Vertrages, Voraussetzung für den sowjetischen Kriegseintritt, zu verzögern, obwohl die sowjetische Seite ihn dringend verlangte und sich auch hinsichtlich der Konditionen über die Rechte in der Mandschurei konzessionsbereit zeigte. Chiang Kai-shek war seinerseits, entgegen den amerikanischen Erwartungen, sehr an dem Vertrag interessiert, da er sich davon nicht zu Unrecht sowjetische Unterstützung gegen die chinesischen Kommunisten versprach. Das kritische Datum war der 8. August, für den Stalin die sowjetische Marschbereitschaft angekündigt hatte. Ziel der USA mußte demnach sein, den Krieg bis dahin zu beenden. Am 26. Juli erfolgte, noch von Potsdam aus, das amerikanische, englische und chinesische Ultimatum zur bedingungslosen Kapitulation, das von Japan

wegen der künftigen Rolle des Kaisers abgelehnt wurde. Obwohl die japanische Ablehnung semantisch nicht ganz eindeutig war und wohl immer noch die Hoffnung auf eine sowjetische Vermittlung bestand, erfolgte am 6. August der erste Atombombenabwurf über Hiroshima, das, um die Wirkung besonders demonstrieren zu können, bei den konventionellen Bombenangriffen ausgespart worden war. Jetzt endlich hatte Stalin die amerikanische Taktik offenbar durchschaut, denn die Sowjetunion konterte am 8. August mit dem Einmarsch in die Mandschurei, obwohl der Vertrag mit China immer noch nicht unterzeichnet war. Damit war klar, daß die Sowjetunion in Fernost (Mandschurei und Korea) einen strategischen Vorteil erringen würde, da amerikanische Truppen sobald in dieser Region nicht präsent sein konnten. Ohne deshalb die japanische Kapitulation abzuwarten, erfolgte einen Tag später, am 9. August, der zweite Atombombenabwurf auf Nagasaki, der als Drohung gegenüber der Sowjetunion zu werten ist, da eine militärische Notwendigkeit nicht mehr bestand. Darauf hin verständigten sich die Sowjetunion und die USA in einer hektischen Nachtsitzung vom 10. auf den 11. August über eine vorläufige Teilung und Besetzung Koreas entlang des 38. Breitengrades. Am 14. August, dem Tag der japanischen Kapitulation, schloß die Sowjetunion mit China den Freundschafts- und Bündnisvertrag und erhielt damit auch von chinesischer Seite die Legitimation, die Kriegsbeute, die ihr von den USA in Jalta unter anderen Voraussetzungen zugesagt worden war, doch noch zu kassieren. Damit waren innerhalb weniger Tage von beiden Seiten die Pflöcke eingeschlagen, die die geographischen Fronten des Ost-West-Konflikts in Ostasien wesentlich bestimmen sollten. Auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 wurde bezüglich Koreas eine fünfjährige Treuhänderschaft vereinbart.

13. Der bereits Ende 1948 absehbare Erfolg der chinesischen Revolution, nachdem der Bürgerkrieg trotz amerikanischer Vermittlungsversuche im Frühjahr wieder aufgeflammt war, war der zweite wichtige Faktor, der die amerikanische Ostasienpolitik in eine andere Richtung lenkte. Seitdem sich abzeichnete, daß nicht das mit den USA verbündete China Chiang Kai-sheks (mit indirekter Unterstützung der Sowjetunion, die der GMD bis zum bitteren Ende die Stange hielt, als schon alle anderen Botschaften abgezogen waren), sondern das mit der Sowjetunion nolens volens verbündete China Mao Tse-tungs das Vakuum auffüllen könnte, das mit der japanischen Niederlage entstanden war, setzte sich innerhalb der amerikanischen Administration die Position durch, die bereits während des Krieges die Wiederannäherung mit Japan befürwortet hatte. Das bedeutete, daß man zumindest die wirtschaftliche Restauration Japans unterstützen und ihm angesichts seiner strukturellen Schwäche, nämlich der mangelhaften Ressourcenausstattung, auch eine Reintegration in die Weltwirtschaft zugestehen mußte. Die noch von Botschafter Pauley empfohlene Entflechtung der Zaibatzus wurde im April 1948 gestoppt, nachdem bereits im Mai 1947 entschieden worden war, keine Reparationen zu fordern und keine Demontage zu betreiben. Die zur Demokratisierung ursprünglich als notwendig erachteten politischen und sozialen Reformen blieben, abge-

sehen von der Agrarreform, relativ oberflächlich. Nur die militärische Elite wurde zur Rechenschaft gezogen. Verglichen mit dem Umfang der Entnazifizierung in Deutschland waren die Säuberungsaktionen auf einen sehr kleinen Personenkreis beschränkt. An die Stelle der Hof- und Militärkreise trat seitdem die wirtschaftliche, aus den Zaibatzus rekrutierte Elite, die eng mit dem Staatsapparat verbunden war.

Da die amerikanische Regierung, wie in dem berühmten »Weißbuch« von 1949 dargelegt, ihre Niederlage in China im wesentlichen der Unfähigkeit und Korruption der GMD-Führung anlastete, die sie für unfähig hielt, durchgreifende Reformen in China durchzuführen, akzeptierte sie zunächst die Ergebnisse der chinesischen Revolution und war auch bereit, eine Invasion Taiwans durch die Volksbefreiungsarmee zu tolerieren. Einzige Alternative hätte in einer massiven militärischen Intervention bestanden, die innenpolitisch in den USA kaum durchzusetzen gewesen wäre. Auch die verabredete Räumung Südkoreas 1948 paßte in das Konzept, die direkte amerikanische Einflußzone vom asiatischen Festland zurückzunehmen. Auch die Sowjetunion hatte 1946 ihre Truppen aus Nordkorea und der Mandschurei abgezogen.

15. Der Koreakrieg, der im Juni 1950 ausbrach, lieferte dann den letzten Anlaß zur Verhärtung der Fronten in Ostasien. Auch wenn sich die Kontrahenten den Angriff gegenseitig in die Schuhe schieben, und auch wenn einige Begleitumstände nach wie vor ungeklärt sind, so spricht doch der rasche nordkoreanische Vormarsch für die Annahme, daß die nordkoreanischen Kommunisten die nationale Frage in eigene Hände nehmen wollten. Umgekehrt spricht aber auch vieles dafür, daß der Angriff nicht, wie von amerikanischer Seite unterstellt, von Moskau aktiv unterstützt oder gar veranlaßt worden sei. Wie ist sonst die sowjetische Abwesenheit im Sicherheitsrat (seit Januar wegen der China-Frage) zu erklären, wo ein sowjetisches Veto die UNO- und amerikanische Intervention hätte blockieren können?

Die letzte Juni-Woche des Jahres 1950 ist deshalb von ähnlich globaler und langfristiger Bedeutung wie die Augusttage des Jahres 1945. Am 26. 6. 1950, zwei Tage nach dem nordkoreanischen Angriff, traf Truman vier folgenschwere Entscheidungen: Erstens, die in Japan stationierten Truppen unter dem Befehl McArthurs in den Korea-Krieg eintreten zu lassen, dessen Soldaten nach raschen Anfangserfolgen den 38. Breitengrad ihrerseits überschritten und auf die chinesische Grenze vorrückten; zweitens, die 7. Flotte in die Straße von Taiwan zu verlegen und damit eine bevorstehende Invasion Taiwans zu verhindern; drittens, Frankreich in seinem Kolonialkrieg in Vietnam und viertens, die philippinische Regierung gegen den Hukbalahap-Aufstand zu unterstützen. Damit hatte sich die amerikanische Politik des bis 1948 betriebenen Disengagements in Ostasien in eine Politik der allseitigen und massiven Intervention verwandelt. Der gegen asiatische und sowjetische Proteste einseitig abgeschlossene Friedensvertrag mit Japan in San Francisco vom 8. September 1951 und der gleichzeitige Abschluß eines Militärpakts, der direkte japanische Beratung und logistische Unterstützung durch koreaerfahrene Japaner im Koreakrieg vorsah, war ebenso die

logische Konsequenz wie entsprechende Militärpakte mit Südkorea 1953 und Taiwan 1954. Die Sowjetunion reagierte 1950 entsprechend mit wirtschaftlicher und militärischer Hilfe für China, dessen sogenannte Freiwillige mit sowjetischen Waffen einen Stellvertreterkrieg in Korea zu führen hatten. Mit Abflauen des Koreakriegs verlagerte sich der Systemkonflikt allmählich auf das wirtschaftliche Gebiet. Beide Seiten setzten seitdem alles daran, ihre jeweiligen Klientelstaaten mittels kräftiger finanzieller Hilfe und Beratertätigkeit zu Modellen für die Dritte Welt aufzubauen. Insbesondere die auf amerikanischen Druck zustande gekommenen Agrarreformen in Südkorea und Taiwan sind auf deren globales außenpolitisches Kalkül zurückzuführen, das wie in Japan mit der ausschließenden Unterstützung der Bauernschaft für konservative Regierungen rechnete.

16. Die Verschärfung des Vietnamkriegs und die damit verbundene wachsende wirtschaftliche Belastung für die USA führten seit Mitte der 60er Jahre zur weiteren Aufwertung der Rolle Japans. In einer Art *burden sharing* sollte Japan zur finanziellen Unterstützung Südkoreas und Taiwans beitragen. Voraussetzung war ein 1965 auf amerikanischen Druck zustande gekommener Normalisierungsvertrag zwischen Japan und Südkorea. Gleichzeitig wurde der Einsatz von 50 000 südkoreanischen Söldnern in Vietnam vereinbart. Seitdem flossen in zunehmendem Maße auch japanische Anleihen und Direktinvestitionen nach Südkorea und Taiwan. Japan löste die USA als wichtigster Wirtschaftspartner ab. Gleichzeitig wurde in beiden Ländern mit Hilfe amerikanischer und später Weltbankexperten die Exportstrategie implementiert, die gleichzeitig als Wachstumsmodell für die Dritte Welt dienen sollte.

III.

Japan erreichte, nicht zuletzt dank des Ost-West-Konflikts, seit den 70er Jahren in Ostasien mit wirtschaftlichen Mitteln die Position, die es mit militärischen Mitteln bis 1945 nicht zu erreichen vermochte. Für Taiwan und Südkorea (ebenso wie für Nordkorea und die Mandschurei) führte die japanische Niederlage zu einer frühzeitigen Entkolonialisierung. Gleichzeitig hinterließen die Japaner aber ein koloniales Erbe, das unter den geänderten politischen Bedingungen als wesentlicher Aktivposten zu betrachten ist. Die amerikanischen Demokratisierungsbestrebungen in Japan wurden auch auf die ehemaligen Kolonialgebiete übertragen und gaben den Anstoß zum Aufbau eines an amerikanischen Vorstellungen orientierten breitenwirksamen Bildungswesen von der Grundschule bis zur Universität. Ziel der Agrarreform war wie im Mutterland einerseits die Beseitigung einer wesentlichen Stütze der traditionellen Gesellschaftsordnung und andererseits die Stabilisierung des politischen Systems. Die Verschärfung des Ost-West-Konflikts und das nicht zu negierende Beispiel des radikalen Agrarreformprogramms in Nordkorea und auf dem chinesischen Festland taten ein übriges, die neuen Regierungen

unter Legitimationszwang zu setzen. In Taiwan kam hinzu, daß die zunächst als Besatzer gekommene GMD des Bündnisses mit den lokalen Landlords nicht mehr bedurfte und somit ein wesentliches Hindernis ähnlicher Vorhaben auf dem Festland entfallen war. Nicht zu unterschätzen ist auch der erhebliche Einstrom von Fluchtkapital, unternehmerischer und wissenschaftlicher Eliten als Folge der chinesischen Revolution und der sowjetischen Besatzung in Nordkorea.

Das Abflauen des Kalten Krieges verlagerte die Systemkonkurrenz auf die wirtschaftliche Ebene und führte zunächst von seiten der USA und später der Weltbank zu massiver, auf Pro-Kopf-Basis umgerechnet, weltweit einzigartiger Kapitalhilfe und Beratertätigkeit. In beiden Ländern sollte die Überlegenheit gegenüber den kommunistisch beherrschten Landesteilen demonstriert werden. Aus der Sicht der Weltbank sollten auch Modelle eines exportgetriebenen Wachstums geschaffen werden, die als Alternative zu den allenthalben praktizierten sozialistischen Experimenten dienen. Das im Zuge der Verschärfung des Vietnam-Krieges von den USA angestrebte burden sharing mit Japan räumte die politischen Hindernisse einer Reintegration dieser Länder in eine zunehmend von Japan beeinflusste Arbeitsteilung in Ostasien beiseite.

Augenscheinlich ist, daß sich unter japanischer Führung und mit Hongkong, Singapur, Taiwan und Südkorea als immer selbstbewußter werdenden Juniorpartnern das dynamische Zentrum der Weltwirtschaft vom Atlantik in den Pazifik verlagert hat. Die Kombination von japanischem Management und japanischer Technologie, den reichen Rohstoffvorkommen der ASEAN-Länder und dem unerschöpflichen Arbeitskräftereservoir Ost- und Südostasiens mit abgestuftem Qualifikationsniveau ist in vielfältiger Weise zur großen Herausforderung der Alten ebenso wie der Neuen Welt geworden.

ABSTRACTS

Conflicts in the International System and Development of the Threshold Countries in East Asia

By *Ulrich Menzel*

If we divide the former Japanese sphere of influence into an inner area – the territories brought under Japanese control before 1932 –, and an outer area – those brought under Japanese control until 1942 –, we see that only the inner area (North and South Korea, Manchuria, Taiwan) exhibits the characteristics of threshold countries. The outer area, essentially identical with the present-day ASEAN group, exhibits all the characteristics of peripheral economies. In the inner area there are countries whose development was accompanied by clear political and economic dissociation from the world market, as well as countries which attempt conscious integration into the world market. Hence foreign trade strategy alone is not an adequate explanation but a variable requiring the addition of other factors, especially the international system.

Because Japan itself was an industrial late-comer looking for resources for its own development, Japanese imperialism has meant, in contrast to European formal or American informal imperialism, that in the inner area the foundations were laid for attempts of agricultural development and industrialization which after the end of colonial rule could be converted into developmental potential. These attempts were hardly apparent in the outer area because here Japanese rule was brief, and Japanese activities more akin to robbery than to systematic colonization.

After the Second World War and Japanese military defeat social upheaval in China and Korea led to internal flight of capital and elites, and a corresponding concentration in the non-socialist parts of both countries. After the Korean War the East-West conflict led to a special concentration of aid, advisory capacity, and international capital.

Nevertheless we are still faced with the fact that similar strategies and influx of foreign capital have not elsewhere led to comparable results. Therefore we have to search for internal causes. In this regard a major factor is agricultural reform, which was radical in South Korea and Taiwan compared with other third-world countries. Though such reforms have been engendered by competition between the political systems, and were implemented by the United States for political reasons, especially in Taiwan, they have led to a considerable extent towards further modernization of agriculture and consequent agroindustrialization.